

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Porto. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsstelligen Nummern außerhalb der Hauptmannschaft 7 Pf. im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 302

Mittwoch den 28. Dezember 1921

87. Jahrgang

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung, betreffend die Anzeigepflicht bei der Umsatzsteuer.

Es wird hiermit auf die nach § 30 des Umsatzsteuergesetzes bestehende Verpflichtung hingewiesen, wonach alle Personen, die Lieferungen oder sonstige Leistungen innerhalb selbständig ausgeübter gewerblicher Tätigkeit — auch im Nebenberuf — gegen Entgelt ausführen, verpflichtet sind, dem für sie zuständigen Umsatzsteueramt innerhalb zweier Wochen nach dem Beginn ihres Unternehmens schriftlich oder mündlich Anzeige zu erstatten. In der Anzeige ist anzugeben, ob Luxusgegenstände hergestellt, im Kleinhandel luxussteuerpflichtige Waren umgesetzt oder erhöht, steuerpflichtige Leistungen, Uebernahme von Anzeigen, Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume zu vorübergehendem Aufenthalt, Aufbewahrung von Geld- und Wertpapieren (einschließlich Pelzwerk und Bekleidungsstoffen, Vermietung von Reitkuren) ausgeführt werden. Die Anzeige hat auch zu erfolgen, wenn ein bereits bestehender Betrieb auf die Herstellung der in § 15 des Umsatzsteuergesetzes bezeichneten Gegenstände oder auf den Kleinhandel der in § 21 bezeichneten Gegenstände oder auf die in § 25 bezeichneten Leistungen erstreckt wird. Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 500 M. bestraft. Umwandlung in Haft ist zulässig.

Finanzämter Dippoldiswalde und Heidenau, am 24. Dezember 1921.

Nach dem XV. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Dippoldiswalde vom 17. Dezember 1915, welcher durch das Ministerium des Innern genehmigt worden ist, wird anstelle des bisherigen Zuschlages zur Grundsteuer von 1/2 v. H. ein solcher von 2 v. H. erhoben.

Der diesbezügliche Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung liegt von heute ab 14 Tage lang zu Jedermanns Einsicht im Rathaus Zimmer Nr. 12 aus. Er tritt mit heute in Kraft. Stadtamt Dippoldiswalde, am 27. Dezember 1921

### Vertilgung und Sächliches

**Dippoldiswalde.** Eine der angenehmeren Aufgaben der Herren Bezirksvorsteher ist die Verteilung von Stiftungsgeldern. Dazu hat wieder der Heiligabend etwas reichere Gelegenheit, kamen doch wieder die Zinsen der Rüdiger-Stiftung (1126,34 M.), der Polstermann-Öantzer-Stiftung (52,93 M.) und der Wedermann-Stiftung (230 M.) in Frage. Freilich haben die Einzelgaben bei der heutigen Geldentwertung leider nicht mehr die frühere Bedeutung, da sie, soweit Kapitalzinsen in Frage kommen, ja nicht steigen. Eine Ausnahme macht die Rüdiger-Stiftung, die zum Teil in Grundstücken besteht, deren gegen früher höherer Pachtertrag sowohl eine kleine Vermehrung der Empfängerinnen, als auch eine kleine Erhöhung der Einzelbeträge gestattete. Dankbar werden jedenfalls auch diesmal die Bedachten der edlen Menschen gedenken, die bereit sind, ihren bedürftigen Mitmenschen in Liebe zu denken.

— Weihnachten in der Kirche. Es war ein herzerhebender Anblick, als wir zur Weihnachtsfeier am heiligen Abend 5 Uhr das Schiff der erwärmten und beleuchteten Kirche voll besetzt sahen. Besonders viel junge Leute, Männer und Weibchen, gewahrten wir, und das ermuntert uns zu der erstlichen Annahme, daß der kirchliche Sinn nicht zum Erlöschen, sondern immer mehr zum Erstarren kommt. Auch die Frühmesse und der Hauptgottesdienst am 1. Feiertage waren sehr gut besucht. Aber erst zum Kindergottesdienste am Nachmittags 5 Uhr, da waren die Bänke auf dem Altarplatz und im Schiff ganz gefüllt. Diese Weihnachtsfeier war eben auch ganz besonders festlich ausgestaltet, sodas die Kinder die Stätte, da Gottes Ehre wohnt, lieb und wert geworden. Liebliche Orgelvorspiele zu den gern gesungenen Weihnachtsliedern im zweistimmigen Gesange der Helferinnen und Marias Wiegenlied, schon zur Vesper von Fräulein Ruhjam vorgetragen, sowie die Schriftvorlesungen werden ihre Wirkung auf die jungen Seelen nicht verfehlt haben. Einen eigenartig feierlichen Eindruck machte es, als sechs Knaben und sechs Mädchen mit brennenden Lichtern an beiden Seiten des Vespultes nach einleitenden Worten des Herrn Superintendenten Michael Prophetenstellen kundgaben. Am Schluß wurde jedem Kinde als Weihnachtsgabe eine Karte mit Weihnachtsbild und Verschen verabreicht. Der 2. Weihnachtsfeiertag erfreute sich wie immer eines größeren

Kirchenbesuchs als der erste, auf den die vorhergegangene rege Abwicklung von Geschäften und Hausbesorgungen noch einwirkten. Weiße Sopranstimme und kräftige Chorgesänge einer Weihnachtskantate von Galt (Kirchenmusikdirektor in Plauen i. V.) bereiteten an beiden Feiertagen die Herzen vor zu bleibender Aufnahme trefflicher Worte der Prediger, die ein jeder wie Maria in seinem Herzen bewegen möge. Am 2. Feiertag wurde uns noch die frohe Botschaft verkündet, daß am Mittwoch der Guß der neuen Gloden vorgenommen werden soll. Möge er gut gelingen.

— Weihnachten im Saale der Reichstrone am 1. Feiertagsabend. Hierzu hatte der Männergesangverein „Eintracht“ eingeladen, diesmal nicht zu Gesangsvorträgen, sondern zu zwei Theateraufführungen. Die erste brachte das erste Schauspiel „Die Nacht der Weihnachtsglocken“ zur Darstellung, bei dem ein Wilderer durch den Glodenklang von seinem Anschlag auf einen Forstmann zur Befinnung kam. Im zweiten Theaterstück „Heilig Abend“, einem Weihnachtslebensbild, trat eine hochgräßliche Mutter der Verbindung ihres Sohnes mit ihrer „bezahlten“ Gesellschafterin stolz entgegen, bis im 2. Akt ihre liebliche, muntere Enkelin die lang ersehnte Veröhnung herbeiführte. In beiden Stücken waren die Rollen sehr gut vertreten und wurden von allen Darstellern so ausgezeichnet gespielt, daß die Vorführung stürmischen Beifall auslöste. Da der Saal voll besetzt war, wird auch der gute Zweck, Stärkung des Kriegerehrenmalen-Fonds, erheblich erfüllt sein. Am Donnerstag Abend findet eine Wiederholung der Aufführung statt.

— Nach langer Pause trat am 1. Weihnachtsfeiertage der Turnverein „Frisch auf“ wieder einmal mit einem Unterhaltungsabend an die Öffentlichkeit. Der Schützenhausaal war wie ausgestopft, und ein großer Teil der Besucher mußte noch mit einem „Stehbillet“ fürlieb nehmen. Nach Verklingen eines Turnermarsches richtete der Vorstand des Vereins, Herr Sieber, einige Begrüßungsworte an die Erschienenen und versprach ihnen einige fröhliche und genussreiche Stunden. Das Programm war sehr gut zusammengestellt und bot eine Fülle von turnerischen Vorführungen, die alle von überaus großem Fleiß und unermüdlicher Arbeit zeugten, durchweg gut gelungen und reichem Beifall ernteten. Für den humoristischen Teil sorgten ein Kowplet, eine Solozene und ein Terzett. Auch ein gut gespielter Schwanz, betitelt „Der Christbaumstreck“, ging über die Bretter und wurde beifällig aufgenommen. (Leider wirkte das laute Souffizieren störend.) Nr. 9 der Vortragsfolge, Radturnen der Fußballabteilung, mußte wegen Erkrankung einiger Mitglieder ausfallen. Ein von Herrn Rotarius, Leiter der Turnrinnenabteilung, eingeleiteter schöner und einfacher Reigen, ausgeführt von 20 Turnerinnen, gelang gut und sprach auch sehr an. Zum Schluß ergriff noch der Bezirksturnwart Herr Viské-Freitall das Wort und sprach seine volle Anerkennung dafür aus, daß auch in Dippoldiswalde die Arbeiterturnsache nicht schlafte, sondern, wie er gesehen habe, fleißig betrieben werde.

**Dippoldiswalde.** Der Guß der neuen Kirchengloden wird nunmehr bestimmt Mittwoch, am 28. Dezember 1921, stattfinden. Dem interessantesten Akte werden die Mitglieder des Kirchenvorstandes beiwohnen. Die Einholung der Gloden kann sonach noch im alten Jahre geschehen und ihre Weihe zum Silvestergottesdienst erfolgen.

— Weithilfe an Kriegsschädigte und -hinterbliebene als Ersatz für weggefallene Teuerungszuschüsse. Durch die Neuregelung der Teuerungszuschüsse vom Dezember dieses Jahres sind vielen Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen die Zuschüsse entzogen worden, weil sie vielleicht nicht sämtliche Voraussetzungen erfüllen. Dadurch sind sehr viele Kriegssopfer sehr hart getroffen worden. Das Bezirksamt für Kriegsfürsorge ist in der Lage, einer großen Anzahl dieser Personen eine einmalige Weithilfe aus besonderen Mitteln zu bewilligen, um ihnen so leichter über den Entzug der Zuschüsse und die Not des Winters hinwegzuhelfen. Voraussetzungen für die Bewilligung ist eine zweifellos mit der Dienstbeschädigung oder dem Verlust des Ernährers zusammenhängende besondere Notlage. In Betracht kommen Beschädigte, die zwar nicht als schwerbeschädigt anerkannt worden sind, die aber wegen der Art ihres Leidens (Tuberkulose, Epilepsie) nur schwer im Erwerbsleben unterzubringen sind. Bei den Hinterbliebenen kommen vor allem ältere Witwen in Betracht, denen zwar noch nicht nach § 37 die höhere Witwenrente zusteht, die sich aber mangels genügender Berufsvorbildung einen ausreichenden Erwerb nicht mehr schaffen können; desgleichen Eltern, die noch nicht das 60. Lebensjahr vollendet haben, aber sich in Not befinden, weil ihnen mit dem Sohne der Ernährer gefallen ist. Für Waisen wird eine Weithilfe fast nicht in Betracht kommen, weil sie fast sämtlich Teue-

rungszuschüsse erhalten. Anträge auf Gewährung dieser Weithilfe sind unter ausführlicher Begründung mit einem Gutachten des Vertrauensmannes an die zuständige Ortsbehörde zu richten, die sie gleichfalls mit einer Begutachtung an das Bezirksamt weiterleiten wird.

— „Die Zeitung ist teuer“, klagte neulich ein Bauer, worauf ihm erwidert wurde, daß für den Vierteljahrs-Bezugspreis vor dem Kriege ein ganzer Zentner Kartoffeln zu bekommen war und jetzt noch nicht einmal ein Drittel Zentner zu kaufen ist, und daß ein einziges Stückchen Butter mehr kostet als die Zeitung für das ganze Vierteljahr. — Ein anderer Herr sah im Kaffee und klagte, daß er keine Zeitung mehr mitlesen könne, weil sie zu teuer würde. Als er darauf für sich und seine Frau für zwei Tassen Kaffee und etwas Kuchen 22 M. bezahlte, wurde ihm klargemacht, daß ihm für nahezu den gleichen Betrag ein Vierteljahr die Zeitung 75 mal gedruckt und ins Haus zugefragen würde. — Ein Familienvater beriet zu Hause mit Frau und Tochter über die Frage, ob man noch das Lokalblatt mithalten könne, nachdem es so teuer geworden. Die Frau, die rechnen konnte, warf die Frage auf, ob der Mann nicht bereit wäre, jeden Tag eine 30-Pf.-Zigarette weniger zu rauchen, wodurch der Ausgleich schon reichlich geschaffen sei, wobei es auch zu einem Vergleiche dieser beiden Werte kam. Die kluge Frau erklärte dem Manne, daß er an dem Genuß der Zigarette nur allein befelligt sei und das Papier, welches nach dem Lesen der Zeitung übrig bleibt, sei wertvoller als die Asche der Zigarette. Da war auch der Mann überzeugt worden. — Und in einer anderen Familie beriet man gerade darüber, ob man die „Weißeritz-Zeitung“ einer anderen Zeitung wegen abbestellen solle. Mehrere Zeitungen zu halten sei zu teuer. Aber dann war man doch allgemein der Ueberzeugung: Die „Weißeritz-Zeitung“ muß gehalten werden. Sie veröffentlicht ab Neujahr die Stadt-Chronik. Diese zu lesen und sich aufzuheben, ist unbedingt nötig, wertvoller als manches Genußmittel, für das viel Geld ausgegeben wird.

— Wegen unzureichender Kohlenlieferung müssen vom 29. Dezember ab in Sachsen auf verschiedenen Linien Zugseinschränkungen vorgenommen werden. Auf Linien unserer näheren Umgebung hat diese Einschränkung glücklicherweise keinen Einfluß. Nur die Linie Freiberg-Bienenmühle wird davon betroffen, indem die Züge ab Freiberg vorm. 10.48 nach Bienenmühle und ab Bienenmühle vorm. 11.34 nach Freiberg bis auf weiteres eingezogen werden.

**Stadt Bärenstein.** Der am 10. September 1921 in Dresden verstorbene Privat, vormalige Fabrikbesitzer Otto Raffloer von hier, hat der hiesigen Gemeinde testamentarisch 3000 M. als Vermächtnis für hiesige Arme hinterlassen. Der Stadtgemeinderat hat die Annahme beschlossen und bestimmt, daß die Zinsen jedes Jahr an 5 hiesige Arme zur Verteilung kommen sollen.

**Sanisberg.** Am vergangenen Mittwoch fand hier im „Eiskeller“ die Genossenschaftsversammlung der Weißeritz-Talperren-Genossenschaft statt, die außergewöhnlich stark besucht war. Die Sitzung war zeitweilig sehr lebhaft, weil die sogenannte Opposition alles daran setzte, um ihren Standpunkt durchzudrücken. Es handelte sich vor allen Dingen um die Neufestsetzung bzw. Erhöhung der Genossenschaftsbeiträge und des Trinkwasserpreises. Von einem Teil der Triebwerksbesitzer wurde beantragt, die Beiträge für die Triebwerke zu ermäßigen, den Trinkwasserpreis dagegen wesentlich zu erhöhen. Diesen Anträgen traten jedoch die Vertreter der Gemeinden ganz entschieden entgegen. Nach langer Aussprache gelang es dem Vorsitzenden, die Versammlung dazu zu bewegen, die endgültige Festsetzung des Wortlaufes der neuen Bestimmungen dem Vorstände zu überlassen.

**Dresden.** Die Musikinstrumentensteuer brachte seit dem 1. August 1 300 000 M.

**Dresden.** Die Preiskommission des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen hat nach eingehender Prüfung der heute herrschenden Verhältnisse im Beisein von Vertretern des Wirtschaftsministeriums, des Landeskulturrates und der Landespreisprüfungsstelle am 17. Dezember beschlossen, die Milchpreise künftig in derselben Weise wie bisher monatlich zu regeln. Für den Monat Januar 1922 sind die Vollmilcherzeugerpreise unter Zugrundelegung der in der Zeit vom 21. November bis 20. Dezember d. J. in Berlin amtlich notierten Butterpreise wie folgt festgelegt: Bei Lieferung ab Stall 3,45 M. pro Liter, bei Lieferung frei Verlade- bzw. Abgangstation, Molkerei oder Sammelstelle 3,65 M. pro Liter, bei von einer Landmolkerei erfolgter Lieferung molkeermäßig behandelte und in einwandfreier Beschaffenheit eintreffender



Wirtschaftskonferenz, die sich hauptsächlich mit dem Plan des Wiederaufbaues von elf Oberfern bei Chaulnes beschäftigte, erklärte die französische Delegation einstimmig das Ergebnis der letzten vom Präsidenten veranlasseten Abstimmung, bei der sich immer noch 49 Proz. für die Verwendung deutscher Arbeiter aussprachen, als einen Sieg kapitalistischer Privatinteressen, die sich diesem Plane entgegenstellten. Die Konferenz sprach sich einmütig für die Fortführung der Vorarbeiten aus, und in allen wesentlichen Grundfragen, wie z. B. der Form der Organisation der Bauhütten, die die Arbeit mit Hilfe deutscher Arbeitskräfte durchführen will, wurde volles Einverständnis erzielt. Deutscherseits wurde eine Unterkommission eingesetzt, welcher Silberstein und Dr. Wagner angehören.

**Einheitliche Postordnung für das gesamte Reich.** Der Reichsrat hat eine vom Reichspostministerium vorgelegte neue Postordnung angenommen, die am 1. Januar in Kraft treten soll. Damit werden die Bestimmungen für den Reichspostverkehr, die bisher für die Postgebiete Bayerns, Württembergs und des übrigen Reiches noch verschieden waren, einheitlich geregelt. Gleichzeitig hat der Reichsrat eine Bestimmung angenommen, wonach die Ortsverkehrsgebühr für den Verkehr zwischen bestimmten Ortschaften, die räumlich zusammenhängen, eingeführt wird. Das kommt vor allem in Frage bei Verhältnissen, wie sie in Groß-Hamburg oder zwischen Mannheim und Ludwigshafen, Bremerhaven-Geestmünde usw. herrschen.

**Die Plagenabstimmung im Reichstage.** Das Reichstagsbüroau gibt jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung über den Antrag Bergt-Stresemann betreffend „Erstreckung der Frist zur Beibehaltung der bisherigen Handelsflagge“ bekannt. Daraus wird bestätigt, daß dieser Antrag mit einer Mehrheit von 56 Stimmen abgelehnt worden ist, wie bereits in den nichtamtlichen Reichstagsberichten mitgeteilt worden war. Interessant ist die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu dem Antrage der Rechten. Es stimmten mit ja 65 Deutschnationale, 52 Volksparteiler, 10 Bayerische Volkspartei, 11 Demokraten, Zentrum —, mit nein stimmten 18 Demokraten und 35 Mitglieder der Zentrumsfraktion. Es enthielten sich drei Zentrumsabgeordnete. Es fehlten 6 Deutschnationale, 13 Deutsche Volkspartei, 10 Bayerische Volkspartei, 16 Demokraten und 34 Zentrumsabgeordnete. Die mehrheitlich sozialistische Fraktion, die sämtliche Mitglieder zu dieser Abstimmung telegraphisch herbeigeordnet hatte, stimmte geschlossen gegen den Antrag.

**Ende der Optionsfrist am 10. Januar 1922.** Die ehemaligen Reichsdeutschen, die die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben, können bis zum Ablauf des 10. Januar 1922 für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren. Die am 9. ds. Mts. veröffentlichte Optionsordnung gibt allgemeine Bestimmungen für die Ausübung des Optionsrechtes, doch veröffentlicht das preussische Ministerium des Innern sowie die betreffenden Landesbehörden jetzt ergänzende Bestimmungen dazu, aus denen hervorgeht, daß für Entgegennahme der Optionserklärung die höheren Verwaltungsbehörden (in Berlin der Polizeipräsident, im übrigen Preußen die Regierungspräsidenten) zuständig sind. Im Ausland, auch den an Polen abgetretenen Gebieten, nehmen die diplomatischen Vertretungen und Berufskonsulate die Optionserklärung entgegen.

**Deutsche Sachverständige in Cannes.** „Daily Telegraph“ meldet, daß Deutschland aufgefordert werden wird, Sachverständige nach Cannes zu entsenden, damit diese in der gleichen Weise mit Auskunfts zur Verfügung stehen sollen, wie Rathenau bei den letzten Londoner Besprechungen.

**Ein Hilfsbund für Oberschlesien.** Unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Oberschlesien fand vor einigen Tagen im preussischen Ministerium des Innern in Gegenwart von Vertretern der beteiligten Reichs- und Landesregierungen die konstituierende Sitzung des Oberschlesischen Hilfsbundes statt. Er hat sich die Aufgabe der Aufrechterhaltung und Festigung aller deutschen kulturellen Bestrebungen im deutschen Oberschlesien gestellt. In den Vorstand wurden u. a. folgende Herren gewählt: Oberpräsident Witte, Oberpräsident a. D. Philipp, Regierungspräsident Brauer sowie Bürgermeister Wagner-Breslau. Dem Beirat, der dem Vorstand mit beratender Stimme zur Seite steht, gehören die bekanntesten ober-schlesischen Politiker und Organisationsleiter sowie die ersten Vertreter von Handel, Industrie, Finanz und Landwirtschaft aus dem ganzen Reich an. Dem in Bildung begriffenen Ehrenausschuß, dessen Ehrenvorsitz der Reichspräsident übernommen hat, sind u. a. bereits beigetreten: Der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und Gerhard Hauptmann.

### Rundschau im Auslande.

**Die Gattin des Direktors des Brüsseler Theaters Da Monnaie, Frau Spaak, ist in den belgischen Senat gewählt worden. Sie ist die erste Frau, die in das belgische Parlament eintritt.**

**Die französischen Zivil- und Militärbehörden haben die Städte und Dörfer Willesch verlassen. Die türkische Verwaltung ist dort wiederhergestellt.**

### Schweiz: Oesterreichisch-schweizerischer Schiedsgerichtsantrag.

Das Oesterreichische Bundeskanzleramt ist von dem schweizerischen Ministerpräsidenten Bensch davon in Kenntnis gesetzt worden, daß seine Regierung mit der Oesterreichischen Bundesrepublik einen politischen Vertrag abgeschlossen hat, dessen wichtigste Klausel den beiden Staaten die Verpflichtung auferlegt, Streitfälle dem obligatorischen Schiedsgericht des schweizerischen internationalen Verichts zu übergeben. Falls einem anderen Schiedspruch zu unterliegen. Der Vertrag soll dem Bölkerbund noch amtlich mitgeteilt werden.

### Frankreich: Wiederherstellung Nordfrankreichs.

Die interparlamentarische Gruppe der Departements der ehemaligen Kampfzone hat eine Tagesordnung angenommen, in der von der Möglichkeit einer europäischen Konferenz unter Aufsicht einer deutschen Kommission gesprochen wird, auf der die Reparationsfrage und Entlohnungsfrage verhandelt werden sollen. Es wird eine effektive Finanzkontrolle über Deutschland verlangt und die französische Regierung aufgefordert, ihre Anstrengungen auf die Fragen zu richten, von denen das Wohl der betroffenen Gebiete im hohen Grade abhängt.

**England: Unruhen in Ägypten.**  
In Nordägypten sind infolge der Verhaftung des ägyptischen Nationalenführers Jagul Pascha, der von der Polizei aus Kairo nach Suwz gebracht wurde, ernstliche Unruhen ausgebrochen. Die Anhänger Jagul Paschas, die sich in Kairo und Alexandria versammelt hatten, veranstalteten Straßenkundgebungen, wobei es zu blutigen Zusammenstößen kam. Mehrere Personen wurden getötet. Die englischen Militärbehörden gehen energisch vor und sind entschlossen, jeden Widerstand zu brechen. Die englische Admiralgatt hat zwei kleine Kreuzer von Malta mit sofortigem Marschbefehl nach Alexandria entsandt.

### Aus Stadt und Land.

**Prof. Dr. Ernst Franke †.** Der langjährige Herausgeber der Sozialen Praxis, Prof. Dr. Ernst Franke, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ist in Freiburg im Br. in der Medizinischen Klinik nach längerem Leiden im 70. Lebensjahre gestorben.

**Eisenbahnunfall bei Hagen.** Bei der Station Detmold ereignete sich ein Eisenbahnunfall, aber von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt wird: Der Durchgangsgüterzug 5914 fuhr auf der Strecke Hohenlimburg-Detmold auf den vor dem Abfahrtsignal des Bahnhofes Detmold haltenden Güterzug 5834 auf, wodurch 10 Wagen entgleisten, die zum Teil erheblich beschädigt wurden. Beide Hauptgleise wurden dadurch ebenfalls beschädigt. Die Aufräumungsarbeiten nahmen etwa 12 Stunden in Anspruch. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen über Schwerte und Herfeln geführt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Ein Schwein von 870 Pfund Gewicht.** Ein seltenes Schweineexemplar kaufte ein Schlächtermester in Detmold. Das Riesenvieh wog lebend 870 Pfund und war mit 20 000 Mark versichert. Das Tier stammte vom Gute des Gutsbesizers Oberbracht zu Bienenbüsch.

**Mord und Selbstmordversuch.** Eine Liebestragödie fand in Berlin ihren blutigen Abschluß. Die 22-jährige Tochter eines Kaufmanns hatte auf Veranlassung ihres Vaters ihr Verhältnis mit einem Chauffeur Fallmer gelöst. Dennoch gab das Mädchen ihrem früheren Verehrer gegen den Willen des Vaters ein letztes Stellbildnis. Der Vater erfuhr dies, eilte seiner Tochter nach und traf sie und ihren Liebhaber in einer Straße. In diesem Augenblick zog Fallmer einen Revolver, schoss auf das Mädchen und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Während das Mädchen bei der Einlieferung in das Krankenhaus bereits tot war, wurde bei Fallmer die Kugel durch Operation entfernt. Der Schwerverwundete hat durch einen Schuß in den Kopf beide Augen verloren und dürfte schließlich mit dem Leben davonkommen.

**Abtötung eines Niesemoors.** Das im Verwaltungsbezirk Bienen zwischen Voigtel und Siedenburg belegene 311 Hektar große Moor und die sogenannten Steverberger Nischen werden auf Grund eines vom Kulturanstalt Hannover ausgearbeiteten Planes durch Abtötung in 50 Jahren der industriellen Nutzung zugeführt. Es wird damit ein großes Unternehmen ins Werk gesetzt, das im Hinblick auf die Beschäftigung zahlreicher Arbeiter und die Schaffung von Kulturland von hoher Wichtigkeit ist. Die Vorarbeiten sind im industriellen Unternehmer auf dem Wege des Meistgebots am 1. Februar 1922 vergeben worden.

**Eisenbahndemonstrationen in Breslau.** Beamte, Angestellte und Arbeiter des Eisenbahndirektionsbezirks Breslau zogen in einem etwa 8000 Personen umfassenden Zuge vor die Eisenbahndirektion Breslau und forderten einen sofort zahlbaren Vorschuß von 1000 Mark und sofortige Regelung der Ortsklasseneinstellung für alle Orte. Für den Fall der Ablehnung wurde sofortiger Ausstand angedroht. Es wurde eine dahingehende Entschliessung angenommen und der Reichsregierung und der Spitzenorganisation telegraphisch übermittelt. Im Anschluß an die Kundgebung fanden Verhandlungen mit der Eisenbahndirektion statt.

**Seeräuber in der Ostsee?** Die Vergungsgesellschaft aus Tallin in Estland fand auf dem offenen Meere den deutschen Dampfer „Capella“ ausgeraubt auf. Die Mannschaft wurde an Land gebracht. Ein weiterer Dampfer wird vermißt. Es besteht die Befürchtung, daß er gleichfalls Seeräubern in die Hände fiel.

**Theorie und Praxis.** In ein seltsames Licht wird der kommunistische Räteherrscher Erich Mühsam durch eine Münchener Meldung des „Berliner Volks-Anzeiger“, in der es heißt: Der in Niederschönenfeld in Festungshaft befindliche Münchener Räteherrscher Erich Mühsam hat aus Amerika zu Händen seiner Frau 20 000 Mark zur Verteilung an in Strafhaft sitzende Kommunisten erhalten. Er hat daraufhin von dieser Summe im ganzen 15 000 Mark für sich verlangt, so daß zur Verteilung nur noch ein Restbetrag von 5000 Mark übriggeblieben wäre. Es hat, wie die sozialdemokratische „Münchener Post“ mittels eines fanatischen Drudes des kommunistischen Landtagsabgeordneten Oberlein bei Frau Mühsam bedurft, um von den 20 000 Mark noch 17 000 Mark zu retten. Jede Auslieferung über die Verwendung der restlichen 3000 Mark fehlt, ebenso über den Betrag von 2400 Mark, den der kommunistische Stadtrat Weigl in München zur Unterhaltung von Angehörigen der im Zuchthaus sitzenden Revolutionsgefangenen erhalten hat.

**Eine Bärenhöhle in Bayern.** Im Bregenzener Wald an der Südwand des Bärenbergs hat ein Jagdausbeher eine Bärenhöhle entdeckt, in der sich fünf Bärenschädel befanden. Ein Kundiger schreibt dazu: In den Bärenbergen ist der letzte Bär im Jahre 1870 erlegt worden, in Appenzell schon vor 250 Jahren. In den benachbarten Bärenbergen wurden jedoch noch in den 70er Jahren 16 Bären erlegt. Der letzte ist im Jahre 1904 geschossen worden.

### Gerichtssaal.

**Oskar v. Hirschfeld im Irrenhaus.** Da sich bei dem Hahnrich v. Hirschfeld, der bekanntlich ein Attentat auf Erzberger verübte, Symptome von Geisteskrankheit bemerkbar gemacht haben, ist er aus dem Strafgefängnis in die Anstalts-Verenkerntnis

in Freiburg i. Br. überführt worden. Der Ausbruch in der Irrenanstalt gelangt auf die Reststraße nicht zur Anrechnung. Ein Gesuch auf bedingte Begnadigung wurde abgelehnt.

**Eine Mordtat im Felde.** In zweifelhafter Behandlung befaßte sich das Stettiner Schwurgericht mit einer Mordtat, die im Felde 1915 von zwei Soldaten begangen worden war. Schon einmal hatte sich das Feldkriegsgericht in Frankfurt a. O. mit der Sache zu befassen. Damals waren die Angeklagten zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der frühere Gefreite Bankow und der frühere Kanonier Baureis hatten sich 1915 von ihrem Truppendienst entfernt, sich zusammengetan und gemeinsam Pferde, diebstahl, Schmuggel und andere Taten verübt. Sie lauerten dem Händler Dreher in der Nähe von Jaroslau auf, erklärten ihn für verhaftet, nahmen ihm das Geld ab und erschossen ihn im Walde. Die Leiche wurde in einen russischen Unterstand geworfen. Nach einigen Tagen wurden aber beide verhaftet. Die Angeklagten hatten gegen die Urteile Revision eingelegt, so daß die Sache nach Aufhebung der Militärgerichte dem Schwurgericht überwiesen werden mußte. Die Geschworenen kamen zur Befreiung der Schuldfragen auf Totschlag, Plünderung und Diebstahl. Das Urteil lautete gegen Baureis auf zehn Jahre Zuchthaus und gegen Bankow auf elf Jahre Zuchthaus.

### Einschränkung von Freiheitsstrafen.

**Erweiterung der Geldstrafen.**  
Der Reichstag hat bekanntlich am 17. Dezember 1921 ein Gesetz zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen beschlossen. Das Gesetz soll mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten. Für die Anwendung der neuen Vorschriften weist der preussische Justizminister Dr. Am Schenckhoff auf folgende Gesichtspunkte hin:

Die Heraushebung der Höchstbeträge der Geldstrafen und Höfen auf den zehnfachen Betrag der bisherigen Höhe bis zum Höchstbetrag von 100 000 Mark bei Verbrechen und Vergehen besteht sich nicht auf Ordnungstrafen und Juwagstrafen.

Durch die dem Gericht verliehene Befugnis, die Nichtvollstreckung der Freiheitsstrafe anzuordnen, wird die Möglichkeit der bedingten Strafsühnung nicht eingeschränkt. Auch wenn das Gericht die Nichtvollstreckung der Freiheitsstrafe angeordnet hat, kann die Vollstreckung der Geldstrafe bis zum Ablauf der Befristungsfrist jederzeit wieder ausgenommen werden, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verurteilten sich bessern.

Die Justizbehörden haben alle einlaufenden Eingaben eingehend, bei denen es sich um Umwandlung einer weniger als drei Monate betragenden Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe handelt, unmittelbar dem Gericht zu übergeben. Das Gericht gilt als erledigt, falls das Gericht seine Genehmigung erteilt; andernfalls geht es an den Beauftragten für Gnadenfachen zur weiteren Bearbeitung. Auf die vor dem 1. Januar 1922 bei dem Beauftragten für Gnadenfachen bereits anhängig gewordenen Sachen finden diese Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Dem Gesetz ist die von der Reichsregierung der Reichstagsvorlage beigegebene Begründung beigegeben, der wir das folgende entnehmen: Der Geldstrafe ist ein neues Gebiet insofern eröffnet, als das Gericht über die Strafe erkennen mußte, eine Geldstrafe zu verhängen angewiesen ist, wenn weniger als drei Monate Freiheitsstrafe verurteilt sind und der Strafverurteilte eine Geldstrafe erzieht werden kann. Die Tragweite der Neuerung geht daraus hervor, daß künftig z. B. in milder liegenden Fällen des einfachen Diebstahls auf Geldstrafe erkannt werden kann.

**Gedenktafel für den 27. Dezember.**  
1571 \* Der Astronom Joh. Kepler (1571) — 1870 Beginn der Beschickung von Paris — 1890 † Der Wissenschaftsjahrer Heinrich Schlegel in Kassel (\* 1822) — 1915 (bis 21. Januar 1916) Reunahrschlacht in Ostafrika.

### Erste Nachrichten

**Die Welt fängt an, zu bereuen. . .**  
Die Madrider Zeitung „ABC“ weist im Leitartikel auf den in Washington zutage tretenden französischen Militarismus hin und schreibt zum Schluß: Für Frankreich hat dies die schwerwiegende Folge, daß die Welt anfängt zu bereuen, ihm im großen Kriege Hilfe gewährt zu haben.

**Fortdauer der Unruhen in Ägypten.**  
Paris, 25. Dezember. Wie „Newyork Herald“ aus Kairo erfährt, kam es gestern wieder zu Unruhen. Dabei wurden 5 ägyptische Studenten getötet und 20 verwundet. Wie Havas aus Malta erfährt, haben zwei englische Regimenter Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Ägypten bereitzuhalten.

**Wann die Aufhebung der Rheinandbesetzung möglich ist.**  
Der „Temps“ bringt eine Anregung, welche die Aufhebung der Rheinandbesetzung bei ausdrücklicher Bestätigung der Artikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages durch England und entsprechender Zusicherungen der deutschen Regierung für möglich erscheinen läßt.

Artikel 42 bis 44 enthalten das Verbot von Befestigungen und Truppenansammlungen auf dem linken Rheinufer und in einer 50 Kilometer breiten Zone des rechtsrheinischen Gebietes.

Selbstverständlich ist das nur eine von den vielen Bedingungen, die Frankreich stellt.

**Die Aufhebung der Ausnahmeverordnung.**  
Der Beschwerdeauschuss bleibt.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet:  
§ 1. Die Verordnung vom 28. September 1921 — Reichsgesetzblatt Seite 1271 — wird hiermit aufgehoben.



## Deutschlands Bevölkerungsverlust.

11 Millionen.

Deutschland hatte nach der letzten Volkszählung vor dem Kriege eine Bevölkerungsziffer von rund 65 Millionen Menschen erreicht, wobei zu berücksichtigen ist, daß damals natürlich Elsaß-Lothringen noch mit eingerechnet war. Nach dem Kriege, nämlich laut der 1919 vorgenommenen Volkszählung, belief sich die deutsche Bevölkerungsziffer (einschließlich Oberschlesiens) auf knapp über 60 Millionen Seelen, während der Rest jetzt unter fremder Herrschaft schmachten muß. Dennoch sind wir noch immer die drittgrößte aller Nationen nach Rußland (etwa 130 Millionen) und Nordamerika (160 Millionen), während Frankreich nach der letzten dortigen Volksaufnahme vom Jahre 1919 mit Einschluß Elsaß-Lothringens eine Gesamtbevölkerung von 39 Millionen Köpfen gegenüber 39,8 Millionen im Jahre 1911, also ausschließlich der damaligen deutschen Reichslande, aufwies. Man sieht aus diesem Zahlenvergleich nur allzu deutlich, daß das stolze Frankreich selbst als das sich viel preisende Siegervolk nicht imstande ist, seine Bevölkerungsziffer wieder auf die Höhe zu bringen und einem langsamen aber sicherem Aussterben ziemlich sicher entgegengeht. Dieses Ergebnis ist besonders durch die Tatsache wirksam illustriert, daß Deutschlands Bevölkerung sowohl während des Weltkrieges, wie auch nach demselben in dem sogenannten „Frieden“, von Gnaden der Herren von Versailles und London, ganz gewaltige Verluste an Menschen erlitten hat. So weist Regierungsrat Dr. F. Burgdörfer in einem von ihm in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichten, sehr bemerkenswerten Aufsatz nach, daß das Deutsche Reich durch den Krieg und Friedensschluß bis Ende 1920 nicht weniger als 11 Millionen Menschen verloren hat. Ohne den Krieg hätte es bei normaler Entwicklung Ende des genannten Jahres ungefähr 73 Millionen Einwohner haben müssen. Diese deutsche Bevölkerungstatistik ist ein Beweis, daß der Weltkrieg nicht nur den Tod von Millionen brachte, sondern auch die Nachwirkungen des Krieges, wie auch des sich immer fühlbarer machenden, uns aufgezwungenen Friedensbittates, noch lange bemerkbar bleiben werden.

## Gefährdung der deutschen Bienenwirtschaft.

Buckermangel und Seuchen.

Das Reichsfinanzministerium hat für dieses Jahr für jedes Bienenvolk 15 Pfund Zucker genehmigt, trotzdem jede Bienenfamilie zur erfolgreichen Durchwinterung mindestens 25 Pfund Zucker oder 20 Pfund Honig benötigt. Die heimische Bienenzucht geht einer Katastrophe entgegen, wenn nicht rechtzeitig irgendwie Vorbeuge getroffen wird. Denn zu der Minderbeseuerung mit Zucker treten weitere Gefahren für unsere Bienenwirtschaft auf, einmal durch den Futtermangel infolge der gewesenen großen Dürre und der meist kalten Nächte im Herbst, die jede Absonderung von Honig verhindern, und dann durch die jetzt neu gemeldete, überall auftretende Bienenpest.

Dem Mangel an Zucker oder Honig zur Ernährung der Bienen muß abgeholfen werden durch einfache Zusammenlegung von Bienenböckern, die sich aus angeborenem Instinkt heraus schon selbst der überzähligen, minderwertigen Königinnen entledigen. Man muß nur danach sehen, daß die verschiedenen Böcker gleichen Stockgeruch bekommen und kann dieses Ziel am besten erreichen durch vorherige Beseuerung der verschiedenen Böcker mit lauer Zuckersüßung, der Apilol oder Melissegeist beigemischt ist. In verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes haben die Bienen anstatt Frühjahrshonig Honig von Tannen, Fichten und Heidekraut eingetragen, der aber ein durchaus ungeeignetes Winterfutter für die Bienen ist. Es ist unbedingt dafür Sorge zu tragen, daß dieser Honig aus dem Wintertraume entfernt wird. Die größte Gefahr unserer Bienenwirtschaft bilden aber die jetzt fast allüberall auftretenden Krankheiten, wie Ruhr und Pest. Die Bienenpest steht mit der Maul- und Klauenseuche auf einer Stufe, es besteht aber leider keine Ähnlichkeit wie bei ihr. Der Verkauf verseuchter Geräte verbreitet ungewollt die Seuche und durch Berührung nimmt die Krankheit einen für ganz Deutschland gefährlichen Umfang an. Schnellste Vorbeuge in Form eines Bienenseuchegewässers kann uns vor einem Aussterben der Bienen retten und die Gefahr von der Landwirtschaft, dem Obst- und Gartenbau abwenden, daß infolge Nichtbeachtung der Desinfektion, des Buchweizens, des Krautes und der Obstbäume keine Früchte mehr geerntet werden.

## Landwirte und Umsatzsteuer.

Im „Zeitungsbeilage des Reichs-Landbundes“ (Nr. 149) schreibt Steuersyndikus Dr. Klemm (Berlin-Charlottenburg):

Zur Klarstellung mehrerer Streitfragen bei der Veranlagung der Landwirte zur Umsatzsteuer hat der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft gemeinsam mit dem Reichsfinanzministerium ein Merkblatt herausgegeben, das im wesentlichen eine Zusammenstellung und nähere Erläuterung aller in Frage kommenden Vorschriften des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen enthält. Bedingt die Zweifelstragen, die in den letzten längerer Zeit lebenden Verhandlungen nicht

geklärt worden sind, haben keine Ausnahme in dem Merkblatt gefunden. Die Vorschriften sollen nicht allein dem Landwirt den Überblick über die unübersichtlichen und umfangreichen Gesetzesbestimmungen geben, sondern auch den Finanzämtern (Erlaß vom 24. 11. 1921) als Richtlinien bei der gegenwärtigen Veranlagung zur Umsatzsteuer dienen.

In dem Aufzeichnungsbuch des Landwirts soll ein Merkblatt enthalten sein über den Umfang der Umsatzsteuerpflicht. Die steuerpflichtigen Einnahmen des Landwirts stammen besonders aus dem Verkauf von Inventargegenständen, Tieren, Feldfrüchten und sonstigen Erzeugnissen. Bei den Tieren ist von Bedeutung, daß außer dem Verkauf von Vieh auch der Verkauf von Hunden und Jagdbeute der Umsatzsteuer unterliegt. Ebenso ist außer dem Korn auch der Umsatz von Flachs, Hanf und Desfrüchten steuerpflichtig. Bei den sonstigen Erzeugnissen kommen außer Molkereiprodukten auch Honig, Fische, Torf, Brenn- und Kuhlholz, Eis, Lehm und Steine in Frage. Selbst die Erzeugnisse der Landfrau aus der Gartenpflege und Kleintierzucht werden von der Steuer erfasst. Bei dem Umsatz von Vieh ist noch besonders wichtig, daß die Verkäufe nach § 1 des Gesetzes auch dann umsatzsteuerpflichtig sind, wenn sie auf Grund behördlicher Anordnung erfolgen, wie z. B. bisher bei den Zwangslieferungen oder bei den Lieferungen an den Feindbund auf Grund des Friedensvertrages. Das gleiche gilt bei Kaufgeschäften. Hier ist nicht nur derjenige Betrag umsatzsteuerpflichtig, der sich aus dem Mehrwert des einen Gegenstandes gegenüber dem anderen ergibt, sondern nach § 8 des Umsatzsteuergesetzes ist jeder Teil mit dem vollen Werte des Objekts umsatzsteuerpflichtig.

Wichtig ist auch eine Reihe von Einzelgeschäften, die im allgemeinen nicht genügend beachtet werden. Hierzu gehören die Aufzuchtverträge, soweit sie Kaufverträge sind, Biehverstellungen, Saatgutlieferungen, Ueberlassung von Gras- oder Kleenutzung, Kotschlachtungen, nachhaltige Veräußerung der Deputate durch die Landarbeiter und nachhaltige Veräußerung der Gartenerzeugnisse bei Laubendkolonisten, Willensbestimmungen usw., die nicht als Landwirte oder Gärtner gewerblich tätig sind.

Außer den Haupteinnahmen des Landwirts ist besonders die Umsatzsteuerpflicht von Nebengewerben zu beachten. Am bekanntesten ist hier der Fall des Lohnfuhrwerkes und des Gastwirtschaftsbetriebes. Wenn der Landwirt mit seinem Ackerfuhrwerk gelegentlich bezahlte Fuhrten für Nachbarn übernimmt, so ist er mit den vereinnahmten Entgelten umsatzsteuerpflichtig. Das gleiche gilt bei jeder Aderel für Fremde, bei Hausgeschäften, bei Lohnbrusch und bei Ueberlassung von Geräten und Maschinen (Dreschmaschinen), auch das Lehrgeld für Eleben und Solontäre unterliegt der Umsatzsteuer. Liegt bei der Grasnutzung Uebertragung des Gebrauchs der zu nutzenden Grundstücke, also Pacht, vor, so kommt Umsatzsteuer nicht in Frage. Dagegen ist die Grasnutzung vielsach in der Form ortsüblich, daß Gras oder Klee kurz vor der Mahd nach Beschäftigung verkauft wird, was nach Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 18. Juni 1921 als umsatzsteuerpflichtiger Kauf anzusehen ist.

Gegenüber der umfangreichen Liste der steuerpflichtigen Lieferungen beschränkt sich der Wegfall der Steuerpflicht nur auf ganz wenige Fälle. Umsatzsteuerfrei ist in erster Linie der Verkauf eines Gutes oder einer Wirtschaft im ganzen einschließlich des Inventars, wenn der Landwirt seinen gegenwärtigen Beruf dabei aufgibt. Das gilt insbesondere bei Auflösung der Wirtschaft infolge Ablebens des Besitzers. Dabei ist es grundsätzlich ohne Bedeutung, ob das Inventar bei dem Verkauf des Gutes mit übernommen oder in Auktion versteigert wird. Steuerfrei sind auch Einnahmen aus Verpachtungen und Vermietungen von Grundstücken und Versicherungssummen, die von Versicherungsunternehmen ausgezahlt werden, sowie Entschädigungsgelder bei Viehverlusten von seitens öffentlich-rechtlicher oder beruflicher Verbände. Umsatzsteuerfrei sind schließlich die Naturallieferungen an Altenteller und Auskaler, da sie kein Entgelt für bestimmte Leistungen darstellen.

## Der Thomasmehlmarkt.

Die Verkaufsstelle des Reichs-Landbundes, Mitteilung für Dünge- und Futtermittel, schreibt uns:

Wir halten es, um nicht irrthümliche, zu falschen Schlüssen verleitende Auffassungen aufkommen zu lassen, für erforderlich, die Landwirte über die gegenwärtige Lage am Thomasmehlmarkt zu informieren.

Im 1. Halbjahr 1921 fanden infolge der recht bedeutenden Auslandsabschlüsse große Mengen Thomasmehl zur Verfügung und die Abladungen konnten flott erfolgen. Bedauerlicherweise haben zahlreiche Landwirte die sich damals bietende Gelegenheit, sich die für die Herbstbestellung erforderlichen Mengen durch frühzeitigen Bezug zu sichern, trotz unserer wiederholten Aufforderungen nicht in genügender Weise wahrgenommen, und sind große Mengen

Seit Juli d. J. hat sich das Bild wesentlich verändert. Die Thomasmehlerzeugung in Belgien, Luxemburg, Nordfrankreich, Elsaß-Lothringen und im Saargebiet ist infolge Stilllegung der meisten Betriebe auf ein Minimum zurückgegangen, so daß sich Frankreich, um den französischen Inlandsbedarf sicherzustellen, veranlaßt gesehen hat, ein Ausfuhrverbot für Thomasmehl zu erlassen, welches sich auch auf die saarländische Erzeugung erstreckt. Hierdurch war den französischen Werken jede Abwärtsbewegung genommen, die

noch tausenden Kontrakte zur Abwicklung zu bringen, wodurch große Mengen Thomasmehl, mit welchen bestimmt gerechnet wurde, ausgefallen sind. Selbst Thomasmehl luxemburgischer Erzeugung, welches über französische oder saarländische Strecken rollt, wird von den Franzosen beschlagnahmt.

Eine Erfassung der geringen in Belgien und Luxemburg anfallenden Mengen ist für Deutschland zurzeit nicht möglich, da der heutige Stand der belgischen Neuaufschlüsse in Auslandsware vollkommen ausschließt.

Deutschland ist infolgedessen heute lediglich auf die verhältnismäßig geringe Inlandsproduktion angewiesen. Auch die Inlandswerte haben infolge der ungünstigen Verhältnisse fortgesetzt mit großen Schwirrigkeiten zu kämpfen, so daß die Thomasmehllieferungen im allgemeinen sehr zu wünschen übrig lassen.

Die Gründe der ungenügenden Abladungen sind in erster Linie in dem enormen bereits seit August bestehenden Waggonmangel, fortgesetzten Streckensperrungen und Betriebsstörungen bei den Werken zu suchen.

Abgesehen von diesen tief einschneidenden Hemmnissen liegen zwei der bedeutendsten deutschen Werke längere Zeit wegen Streik vollständig still und ist auch nach Beendigung des letzteren mit einer entsprechend stärkeren Verladung erst dann zu rechnen, wenn die Nachwirkung der Arbeitseinstellung ausgeglichen ist. — Durch das Ruhen der Betriebe wird die an und für sich schon gespannte Situation, die in erster Linie auf das vollständige Berlegen der Eisenbahn hinsichtlich der Waggonstellung und dann auf die erwähnten Streckensperrungen, die zwar einweilen aufgehoben sind, aber jeden Augenblick wieder neu aufliegen können, zurückzuführen ist, noch weiter verschärft.

Alle energischen Bestrebungen nach einer Verbesserung der Verhältnisse müssen unter diesen Umständen fruchtlos bleiben und es wird wohl nicht möglich sein, bis Ende dieses Jahres noch ausreichende Mengen Thomasmehl zur Verladung zu bringen. Es muß also leider mit einem Ausfall größerer Mengen gerechnet werden.

## Werdende Städte.

Vor Jahren fiel einmal das Wort, die größte Stadt der Welt werde dereinst weder Berlin, noch London oder Newyork sein, sondern die Stadt werde an der Mündung der Ruhr liegen. Gemeint war damit die Tatsache, daß sich in unserem großen Industriegebiet an Rhein, Ruhr und Emscher die Städte und Dörfer immer fester aneinander drängen und miteinander verwachsen. An der eigentlichen Mündung der Ruhr in den Rhein bilden die ländlichen Orte von Rheinhausen bis Moers schon längst mit den rechtsrheinischen Städten und Orten von Hamborn über Weidenich-Ruhrort-Duisburg bis Mülheim eine fast ununterbrochene Zusammenballung von Menschen, die über Oberhausen und Essen wiederum oft fast lückenlos Anschluß finden an das innere Ruhrgebiet mit seinem Gefirge von Städten und Orten, Bahnen, Straßen und Kanälen, Hochöfen, Eisenwerken, Kraftwerken und Fabriken! In dieses Gefirge Ordnung zu schaffen, soll bekanntlich die Aufgabe des vor Jahresfrist durch Gesetz begründeten Ruhr-Stadtverbands sein. Ihm wird es obliegen, für eine bessere Aufstellung des noch vorhandenen freien Geländes zu sorgen. Er soll das Bahngelände und das Wegenetz zusammenfassen, soll nach Möglichkeit die nebeneinanderliegenden regellosen Stadt- und Dorfgelände durch einen Generalbebauungsplan zusammenfassen. Kurz, er soll die Siedlungsmöglichkeit auf eine andere Grundlage stellen. Soll! Wie weit er das vermag, muß sich in Zukunft zeigen, welche Schwierigkeiten er aber zu überwinden haben wird, zeigen die großen Eingemeinderungsfragen, die zurzeit im östlichen Teile des Ruhrgebietes aufgerollt werden.

Während an der eigentlichen Ruhrmündung und um Essen-Dortmund das Zusammenfassen der Gemeinden zu großen Städten unter Aufstellung oder Beschneidung der Landkreise schon erhebliche Fortschritte gemacht hat, liegen um Bochum, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Wanne die Dinge noch wesentlich anders. Im Bezirk dieser genannten Städte und ihrer Kreise plant man zurzeit durch Eingemeinderungen größere Umgruppierungen, und bei dieser Gelegenheit zeigt sich so recht der Gegensatz der Interessen, der zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen, den großen Städten und den Mittelstädten herrscht. Es ist ein Handeln um Dörfer und Stadtteile, das so recht zeigt, wie wenig man im Westen noch von den Notwendigkeiten durchdrungen ist, die uns zum gemeinsamen Handeln zwingen sollten. Man mag jedem dieser Städte- oder Kreisgebilde in der Vertretung seiner wirklichen und vermeintlichen Interessen volles Verständnis entgegenbringen, für die kommenden großen Städte an der Grenze von Rheinland und Westfalen heißt es aber jetzt wenigstens so etwas wie eine brauchbare Erweiterung und Abrundung schaffen. Geschieht das, dann hat auch der Ruhr-Stadtverband ein leichteres Arbeiten und man darf hoffen, daß dann aus der großen Menschenanhäufung an der Ruhr ein freundliches und gesundes Gebilde wird. Rhonanus.

## Aus Stadt und Land.

„Schiffsnachts auf der Ostsee. Der Dampfer „Holland“ der Reederei Kaufmann in Stettin ist auf Darßerort an der pommerischen Küste gestrandet und während des letzten Orkans auseinandergebrochen und somit verloren. „Holland“ hatte eine sehr wertvolle Ladung afrikanischen Phosphat, für Düngemittel bestimmt, für die Chemische Fabrik Union in Stettin an Bord.

## Das bedrohte Deutschland in Oberschlesien.

Oberschlesien steht im Zeichen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die sollen doch wohl dazu dienen, von den nationalen Rechten der Deutschen zu retten, was nach der Bergewaltigung durch den Genfer Spruch überhaupt noch zu retten ist. Bisher hat man freilich nicht den Eindruck gewinnen können, daß dabei wesentliche Erfolge für das Deutschthum sicherge stellt wurden. Die Gefahren, die dem Deutschthum drohen, sind trotz der Formen, in denen man in Genf einander begegnete, in diesen letzten Wochen nicht geringer, sie sind sogar schlimmer geworden. Den Polen wurden Gebiete zugesprochen, in denen bisher das Deutschthum bei weitem überwog. Für Polen bietet sich die Möglichkeit, Polonisationen zu treiben. Und die Warschauer Gewalthaber haben sich denn auch sofort mit dem Fanatismus und der radikalen Unbedenklichkeit, die den Polen eigen ist, auf die neue Aufgabe gefürzt.

Man vermißt mit einigem Bedauern, daß nichts geschah, um dem illoyalen Treiben, das die Polen auch jetzt in dem abzutretenden Gebiet fortsetzen, energisch Widerstand zu leisten. Der internationale Sinn des uns von der Entente aufgezwungenen Abkommens soll doch darin bestehen, daß der Bevölkerung durch die staatliche Neuordnung keine ernstlichen wirtschaftlichen oder nationalen Nachteile entstehen. Tatsächlich gehen die Polen aber darauf aus, das Deutschthum nach vor Abschluß der Verhandlungen im weiten Umfang zu entrechten, um auf diese Weise wieder einmal die berühmten „vollendeten Tatsachen“ zu schaffen.

Das vollzieht sich vor allem so, daß man schon jetzt die künftigen staatlichen Verwaltungsgrundsätze für das polnische werdende Gebiet aufstellt. Es sollen nur solche Beamten übernommen werden, die sich „loyal“ verhalten haben, d. h. solche, die sich von vornherein zu Polen bekennen. In Wahrheit läuft das natürlich auf eine Maßregelung der Deutschgesinnten hinaus und auf den Versuch, das deutsche Element von jeder aktiven Teilnahme am Staatsleben abzuschließen. Die Polen organisieren bereits einen wilden Kulturkampf gegen das Deutschthum. Die einträglicheren Stellen werden schon jetzt als Sinecuren für großpolnische Elemente vergeben, die Behördenstelle ganz im Sinne der Warschauer Zentralverwaltung zusammengestellt. Sodann droht dem unglücklichen Lande auch das Gespenst der Militärdiktatur, die, anfänglich auch von dem polnischen Oberschlesien abgelehnt, jetzt von Korsantys „Grenzzeitung“ wegen angeblicher deutscher Umtriebe skarmisch gefordert wird.

Hier muß die zielbewusste Arbeit der deutschen Vertreter in der Unterkommision für den Minderheitenschutz einsehen. Das eine wenigstens sollte durch diese Verhandlungen doch erreicht werden, daß das oberschlesische Deutschthum nicht in jener standalösen Weise zugrunde gerichtet wird, wie das in Westpreußen leider geschehen ist. Gelingt es unseren Bevollmächtigten nicht, die nötigen Rechtssicherheiten durch international garantierte Abmachungen zu schaffen, so würden wir damit zu rechnen haben, daß binnen kürzester Frist das deutsche Kulturleben aus dem polnisch werdenden Oberschlesien überhaupt verschwindet. Schon jetzt wenden sich polnische Blätter leidenschaftlich gegen die Uebernahme deutscher Lehrer, Geistlicher, Beamter und Ingenieure. Polen will lieber, so heißt es dort, einen Rückgang der Zivilisation erdulden, als deutschgesinnte Persönlichkeiten in einflussreichen Stellungen sehen. Man wird den Polen ohne weiteres zutrauen dürfen, daß die nationalistischen Triebe bei ihnen stärker sind als das Verständnis für die eigenen Interessen und daß sie, koste was es wolle, zunächst einmal ihren Deutschenhaß sich austoben lassen möchten. Immerhin scheint, daß gerade bei diesen Auseinandersetzungen mit Polen Deutschland über mancherlei Druckmittel verfügt. Man wird doch wohl wünschen dürfen, daß die bis aufs äußerste ausgenützt werden.

## Die deutsche Auswanderungsbewegung.

Die Auswanderungsbewegung, die unmittelbar nach dem Kriege sich in Deutschland stark bemerkbar machte, hat in der letzten Zeit nachgelassen. Daß die Entwertung der deutschen Mark die praktische Durchführung der Auswandererlust erheblich erschwert, bedarf keines besonderen Hinweises.

Als Beweggründe für die Auswanderungsbewegung tritt neben den früher erwähnten allgemeinen Ursachen in zunehmendem Maße die Erleichterung der Einreise in die Vereinigten Staaten von Amerika in Erscheinung. Als Ursache der Auswanderung spielt der Drang nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit besonders in landwirtschaftlichen und Arbeiterkreisen eine Rolle sowie die Sorge um die unsichere Zukunft Deutschlands und die eigene Versorgung im Alter.

Unter den überseeischen Zielländern besteht außer für die Vereinigten Staaten von Nordamerika nach wie vor für Brasilien, von dem zahlreiche Auswanderungswillige Preisfahrtsangebote erwarten, ferner für Argentinien, Paraguay und Niederländisch-Indien Interesse. Infolge der Verteuerung der Ueberfahrtskosten werden in wachsendem Maße die europäischen Staaten ins Auge gefaßt. Größte Nachfrage besteht nach Holland. Steigendes Interesse zeigt sich für Rumänien, Spitzbergen und die östlichen Randstaaten, insbesondere für Finnland und Litauen. Die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen und die Errichtung einer deutschen Vertretung in Moskau haben eine rege Nachfrage über Betätigungsmöglichkeiten von Ingenieuren und Kaufleuten in Rußland zur Folge gehabt. Die tatsächliche Auswanderung nach den östlichen Randstaaten beschränkt sich auf einzelne Fälle, während eine Auswanderung Deutscher nach Polen und Rußland noch nicht stattgefunden hat.

Die Zahl derer, die planlos in die Welt hinauswandern wollen, nimmt immer mehr ab.

Wie bisher entstammen die Auswanderungswilligen allen Kreisen der Bevölkerung. Besonders starken Anteil haben Industriearbeiter und Handwerker sowie weibliche Hausangestellte. Für Spitzbergen und Rumänien kommen insbesondere Bergarbeiter und für letzteres noch Facharbeiter, Maschinenschlosser, Monteur und Wertmeister in Frage.

Angesichts des niedrigen Standes der Mark und des Unvermögens der meisten Auswanderungswilligen,

die Kosten der Ueberfahrt und der sonstigen mit der Auswanderung verbundenen Ausgaben zu tragen, entspricht aber die tatsächliche Auswanderung nicht annähernd der vorhandenen Auswanderungswilligen.

## Ein großes Revolutionsjubiläum

hat in unseren Tagen der weltbewegenden Unruhen die entsprechende Beachtung nicht gefunden. Vor 400 Jahren wurde Deutschland von einem ähnlichen Sturm durchbraut wie heute. Die Bauernkriege, die Aufstände der Hörigen des ländlichen Großbesitzes gegen ihre Herren stammte einige Jahrzehnte hindurch einmal in diesem und einmal in jenem Teil unseres Vaterlandes und außerhalb der Grenzen in Böhmen und im Elsaß, auch in den Niederlanden auf. In unseren Tagen vor 400 Jahren stand man unmittelbar vor dem großen Entscheidungskampfe im fränkisch-schwäbischen Grenzgebiete. Die Entwicklung ist damals gekommen, wie sie kommen mußte: nach anfänglichen Scheitern wurden die Aufständischen endgültig geschlagen und es brach, wie die Geschichte jener Tage mit großer Deutlichkeit dargetut, für die Beteiligten eine Zeit an, in der sie die schwere Hand ihrer Machthaber erst recht zu fühlen bekamen, zumal diese bestrebt waren, ähnlichen Bewegungen von vornherein die Spitze zu brechen. Die Beseitigung der Hörigkeit des Kleinbauentums ist ein Ergebnis späterer Zeit, und je weiter sie sich in sachlicher Hinsicht ihrer Aufgabe gewachsen zeigten, um so unmöglicher wurde das Hörigkeitsverhältnis, desto leichter wurde dessen Beseitigung aber auch ertragen, weil die steigende Selbstständigkeit des Bauern es ihm leichter machte, sich gegen ungerechtfertigte Uebergriffe zu wehren, auch sein persönlicher Wert und die Achtung, die man seiner Arbeit und seinem Wirken entgegenbringen mußte, die Herren, die „Patrone“, von selber zu einer veränderten Auffassung zwangen. So war Anfang des 19. Jahrhunderts in den meisten Randstellen das Hörigkeitsverhältnis bis auf die Zahlung kleiner Gebühren herabgesunken, die mehr der Eitelkeit als dem Geldbeutel der ehemals so mächtigen „Patrone“ schmeichelten; bis dann die neue Zeit nach Napoleon deren völlige Beseitigung brachte.

Wir können heute aus jenen Tagen sehr viel lernen. Unsere neuen Reichen, die ihres Besitzes nicht würdig sind, werden schnell wieder in ihre alten Verhältnisse zurückfallen. Ohne geistige und moralische Qualitäten läßt sich großer Reichtum nicht durch Generationen hindurch bewahren.

Ähnlich steht es auch mit politischen und sozialen Rechten. Je fester sich ein Stand in seiner Berufsbildung entwickelt, je vollkommener er seine Aufgabe gegenüber der Allgemeinheit erfüllt, desto angesehenere und wirtschaftlich günstiger gestellt werden seine Angehörigen sein. So bricht die wachsende Fachbildung unserer Arbeiter und die steigende Bedeutung ihrer Arbeit die Bahn für die Hebung ihres Standes. Mit Gewalt ist da nicht viel zu machen. Die größten Kanonen sind letzten Endes immer beim größten Besitze und der besten Sach- und Fachkenntnis. Unter solchen Umständen sind die Bestrebungen des Staates, auf allen Gebieten, in Stadt und Land die Fachbildung zu pflegen, so ungeheuer wichtig; in den Fachschulen wird die soziale Hebung unseres Volkes vollzogen werden, sofern es gelingt, sie zu der ihnen gebührenden Bedeutung zu bringen.

Ähnlich liegen die Dinge in den Gebieten der Tataren, Bosniaken und Kirgisen. All die großen Worte, die die Sowjetregierung über ihre organisierte Hungerhilfe redet, sind Täuschung und Lüge. Eine nennenswerte Hilfe ist der unglückseligen Bevölkerung bisher nicht zuteil geworden. Was bisher an ausländischen Lebensmitteln in Petersburg eingetroffen ist, wurde von der Sowjetregierung zum Teil für die Verpflegung der Roten Armee verwendet, zum Teil blieben die Lebensmittel in Petersburg liegen, da die fehlenden Transportmittel den Abtransport der Waren ins Innere des Landes unmöglich machten. Die Lebensmittel wurden zwar im Hafengebiet streng bewacht, nichtsdestoweniger nahmen die Diebstähle und Plünderungen der Warenlager nicht ab und die für die Hungernden bestimmten Nahrungsmittel erschienen gegenwärtig in den neu eröffneten Geschäften und Restaurants am Newski-Prospekt, was einfältige Leute dazu veranlaßt, von einem wirtschaftlichen Aufleben zu sprechen. In Wahrheit ist das allgemeine Elend und der wirtschaftliche Niedergang in Sowjetrußland noch nie so groß gewesen, wie gerade gegenwärtig.

## Die schaukelnden Kurse.

In den letzten Monaten haben alle Kurse Schwankungen gezeigt, die durchaus nicht allein für das börsenspielende Publikum von Bedeutung waren. Das Ansteigen des Dollarkurses innerhalb eines halben Jahres von 65 Mark auf 110 Mark bedeutete eine ungeheure Verteuerung aller derjenigen Waren, die ganz oder überwiegend aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden. Der Sturz des Dollars innerhalb von drei Wochen von 110 Mark auf etwa 160 Mark bedeutete einen Preisrückschlag. Die Kurse haben sich aber so schnell geändert, daß die Produktionskosten und Großhandelspreise sich noch gar nicht voll in den Kleinhandelspreisen zum Ausdruck bringen konnten. Für viele Waren, die auch heute noch dauernd im Preise steigen, wird sich das Emporschnellen des Dollarkurses noch bis in das neue Jahr hinein geltend machen. Andere Waren — zum Beispiel gewisse Speisefette — haben bereits auf den kürzlichen Sturz des Dollarkurses mit einer Ermäßigung der Preise geantwortet. Abgesehen von den Preischwankungen einzelner Waren bedeutet das Auf und Ab der Kurse die Zerstörung jeder Berechnung. Der Händler, der eine Ware kauft, weiß nicht, ob er sie nach wenigen Wochen überhaupt noch mit einem Nutzen wird verkaufen können. Wenn er gelegentlich an einzelnen Warenpartien größere Gewinne erzielt, so läuft er Gefahr, wegen Preisrückfalls belangt zu werden; die Verluste dagegen gestatter man ihm jederzeit zu tragen. Rohstofforderungen, die heute ausgestellt werden, können durch die Entwicklung bereits innerhalb weniger Wochen wertlos sein, und zwar nach beiden Richtungen.

## „Schloß“ Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

(40. Fortsetzung.)

„Gerade im Sommer vor zwei Jahren, einen Tag nach deiner Abreise aus Weissenstein, hat man den Bruder meines Mannes, mit dem du ja auch bekannt warst, von einem Felsen gestürzt, also ermordet.“

„Som — Felsen — gestürzt? Ermordet? Wer — wer war das? Der Bruder? Herr Hinrichsen der Bruder meines Mannes?“ So stotterte er mit allen Zeichen der Verwirrung. „Das tut mir leid — unendlich leid. Er war ein lebenswürdiger Gesellschafter, interessierte sich sehr für Karitäten, namentlich alte Schmucksachen. Meinen Schlangenstein, den du ja auch gut kanntest, hat er mir damals für einen ganz erheblichen Betrag abgekauft, mit dem ich dann in Monte Carlo etwa 8000 W. gewann, die ich nach Amerika mitnahm. — Also ermordet, sagst du? Hätte ich in den acht Tagen meines Monacoer Aufenthaltes deutsche Zeitungen gelesen, hätte ich es vielleicht schon damals erfahren. Hat man Beweise dafür, daß er ermordet wurde? Ist der Täter gefaßt worden?“

„Aber war im Zweifel, ob sie sein völlig verändertes Benehmen für Waise oder Wirklichkeit halten sollte. Nur das eine war mit Sicherheit anzunehmen: irgend etwas von ihrer Mitteilung war ihm völlig neu gewesen. War er wirklich schuldlos an dem Verbrechen, wie er sich stellte? Jedenfalls hatte er sich nicht überrumpeln lassen, das stand fest.“

„Beweise sind eigentlich nicht vorhanden,“ sagte sie, „man mutmaßte es nur in der ersten Zeit nach deinem spurlosen Verschwinden aus Weissenstein.“

„Ah! Nun verstehe ich dich ganz! Du hast am Ende mein Erschrecken und Stutzen mit dem gemutmaßten Morde in Verbindung bringen wollen?“

„Ja, Egon, es sprach viel gegen dich.“

„Dann bin ich drüber in Deutschland wohl gar als Täter verdächtigt worden.“

„Nur in der ersten Zeit. Man ließ den Verdacht wieder fallen, weil man glaubte, Beweise dafür zu haben, daß Hinrichsen mit einer großen Summe Geldes die er unterschlagen hat, geflüchtet sei, also noch am Leben war.“

„Und späterhin sah man ein, daß man sich getäuscht hatte?“

„Ja. Es wurde nämlich ein Jahr nach dem Verschwinden die Leiche gefunden.“

„Wie konnte nur der Verdacht auf mich fallen, der ich doch einen Tag vor dem angeblichen Morde Weissenstein verließ.“

„Nur weil du der einzige warst, der mit Hinrichsen nähere Bekanntschaft geschlossen hatte, also mit seinen Verhältnissen näher vertraut gewesen sein mußte, und weil mit Hinrichsen zugleich auch das ganze Kaufgeld, das er an die Bauern auszahlen sollte, verschwinden war, man also einen von langer Hand geplanten Raubmord annehmen konnte.“

„Man fand also bei dem Toten das Geld nicht?“

„Rein.“

„Auch nicht in seinem Koffer.“

„Ein Koffer hat sich nicht ermitteln lassen. Da dem Toten, der deinen Schlangenstein trug, die Taschen- uhr fehlte, und da von dir bekannt war, daß du in Weissenstein weder Koffer noch Uhr bei dir hatten, so hat man angenommen, nicht Hinrichsen sei der Tote, sondern du seist es. Man hat die Leiche auch im Erbegräbnis von Damerow beigesetzt.“

Nun konnten beide nicht mehr ernst bleiben. Es war allerdings nur ein Moment. Sie lachten gemeinsam, wie in früheren Zeiten, aber nicht so frei, so sorglos wie damals. Das Lachen wurde ihnen durch die unfreiwillige Komik der Situation förmlich gepreßt.

„Rein, Egon mußte an dem Verbrechen unschuldig sein. So konnte sich kein Mensch verstellen! Sie sprach das auch offen aus.“

„Es freut mich um deinetwillen,“ sagte sie mit Wärme, „daß du an dem unfeligen Geschehnis keinen Anteil hast, und daß du dich nicht zu fürchten brauchst, zur Feststellung des wahren Sachverhalts vor der deutschen Polizei deine Erklärungen abzugeben.“

„Wozu ist das noch nötig?“

„Weil mein Mann das Andenken seines Bruders wieder zu Ehren bringen muß, den man für einen Teufelskinder hält. Bisher war das nicht möglich. Um allen peinlichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, hat mein Mann damals Teufelchen den Hüden gefahrt und hier in Balparaiso einen Posten übernommen. Jetzt aber legt ihm natürlich viel daran, den Beweis führen zu können, daß der Tote kein Bruder Viktor ist, und daß eine Unterschlagung von dessen Seite nicht vorgelegen hat. Dazu mußt du uns mit deinem Zeugnis verhelfen.“

„Das erstere wird deinem Mann leicht gelingen, auch ohne mich. Der Verstorbenen besaß im Oberschlesien einen goldplombierten Fingerring; es war der Eckstein. Außerdem — so fällt mir jetzt ein — hatte sich Hinrichsen vor Jahren, wie er mir erzählte, bei einem Unfall den linken Unterarm abbrechen lassen. Es kann auch der rechte gewesen sein. Beide Merkmale lassen sich noch jetzt an dem Skelett der Leiche feststellen. — Was aber die Rehabilitierung anbelangt, da wüßte ich nicht, wie dies anzufangen wäre. Hinrichsen war eine Spielratte. In dem kleinen Waldgasthaus bei Weissenstein wurde recht lebhaft gespielt. Ich habe selbst mehrfach am Spiele teilgenommen. Kann er nun das Geld nicht am letzten Abend verspielt und aus Verzweiflung dann Selbstmord verübt haben?“

„Möglich wäre es schon,“ erwiderte Adele nachdenklich, „aber — nein, nein, ich will nicht daran glauben, und will auch meinen Mann bei seiner Meinung lassen. Es wäre zu schrecklich.“ Nach einer Weile sagte sie:

„Wenn nur Gerhard in dem Wahne bleibt, mit Auffindung der Leiche Viktors wäre auch die Rehabilitierung erfolgt, dann bin ich schon zufrieden. Über diese deutschen Gerichte sind gewissenhaft, Egon. Ehe diese sich nicht durch den Augenschein davon überzeugen, daß du lebst, wird man deine vermutliche Leiche nicht als diejenige Viktor Hinrichsens anerkennen, auch wenn die Merkmale sich an dem Skelett vorfinden. Es fehlt noch der Beweis, daß Egon von Hagen, in den letzten acht Jahren nicht zufälligerweise sich ähnliche Erkennungszeichen verschafft hat?“

(Fortsetzung folgt.)